



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**WI**

über die  
1. Sitzung des Wirtschaftsausschusses  
am Montag, dem 15.03.2010  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

Bürgermeister  
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Kaya Gercek  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Silvester Runde  
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus  
Herr Ralf Eisenhardt  
Frau Rosemarie Gerdes  
Herr Heinrich Kissing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Bettina Werning

FDP

Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl  
Frau Anika Bergmann

Herr Ronald Sostmann  
Herr Christoph Watolla

Entschuldigt fehlten  
Frau Marion Dyduch  
Frau Alexandra Möller

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Parkraumbewirtschaftung hier: Bericht der Verwaltung	
2	Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahme aus der Potenzialliste hier: Bericht der Verwaltung	
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2	Grundstücksangelegenheiten	
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
4	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Parkraumbewirtschaftung  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Hupe** machte deutlich, dass die Parkraumbewirtschaftung aus reinen haushalterischen Gründen in Erwägung gezogen und somit als Maßnahme in die Potenzielliste und auch in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen wurde.

Die inhaltliche Situation habe sich nicht geändert, prinzipiell stehe man der Erhebung von Parkgebühren negativ gegenüber.

Es werde ein umfangreiches Verfahren eingeleitet. Man wolle versuchen, durch verschiedene Diskussionen sowohl im Rat und in den Ausschüssen als auch mit Bürgern und Kaufleuten, Anwohnern und den Beschäftigten, ein abgestimmtes Konzept vorzulegen. Man werde sich für diesen Dialog Zeit nehmen, daher sei die Zeitschiene bis 2012 für diverse Vorgespräche und die eigentliche Umsetzung gut gewählt.

Herr **Baudrexl** betonte, dass man ein Haushaltssicherungskonzept erstellen wollte, welches die Chance einer Genehmigungsfähigkeit habe. Nach langer Diskussion musste auch eine Parkraumbewirtschaftung in Erwägung gezogen werden. Es müsse geschildert werden, wie die Einnahmesituation aussehen könnte. Zur Ermittlung wurde eine Kalkulationsgrundlage geschaffen, die derzeit zwar noch kein fertiges Konzept darstelle, welches aber in 2010 und 2011 erarbeitet und konkretisiert werde.

Bei der Berechnung werde man die Stadtteile Methler und Heeren außen vor lassen. Hier sei das Parkplatzpotenzial gering und es gebe zu viele Ausweichmöglichkeiten. Das Konzept sei nun auf die Innenstadt beschränkt. Die Verwaltung gehe als Rechnungsgröße von ca. 1700 Stellplätzen in Parkbuchten, Parkhäusern und Tiefgaragen, für die Parkscheinautomaten etc. benötigt werden, aus.

An einigen Stellen gebe es Auflagen durch Fördermittel, die einer entgeltlichen Parkraumbewirtschaftung entgegenstehen, z.B. im Bahnhofsumfeld und beim Neubau des Parkhauses.

Zurzeit sei noch nicht klar, welche Plätze überhaupt bewirtschaftet werden können, auch müssten Gespräche mit Eigentümern von Stellflächen geführt werden.

Als Betriebszeiten mit einem Preis je Stunde von 0,50 € seien vorgesehen: Montag bis Freitag von 8 bis 19 Uhr, und Samstag von 8 bis 14 Uhr.

Man gehe, so Herr Baudrexl weiter, von einer 50%igen Auslastung aus, die eine Bruttoeinnahme von 1.370.000 € erwirtschafte.

Ca. 80.000 € werden für Abschreibungen und Zinsen kalkuliert, weitere 90.000 € für Wartung und Unterhaltung. Für Personalkosten zur Durchführung von Kontrollen werden 65.000 € kalkuliert. Diese Position könnte sich jedoch durch Mehreinnahmen aus Ordnungswidrigkeiten wieder aufheben. Er resümierte, dass sich insgesamt eine maximale Einnahme von 1,2 Mio. € zur Haushaltsverbesserung ergeben könnte.

Bei diesem kalkulierten Wert handele es sich um die maximale Einnahme auf Basis der zugrunde gelegten Parameter. Diese könne sich bei einer Konkretisierung eines Konzeptes u.a. durch detaillierte Festlegung der zu bewirtschaftenden Stellplätze oder durch eine geringere Auslastung vermindern. Auch durch einen möglichen Rabatt für Kurzzeitparker oder der Vermietung von vergünstigten Stellplätzen für Langzeitparker werde sich die Einnahmesituation verschlechtern. Denkbar sei auch, die Gebühren zu

staffeln, sodass im Stadtrandbereich eine günstigere Preisgestaltung gewählt werden könnte.

Herr **Eisenhardt** bedankte sich für den Bericht der Verwaltung und erklärte, dass Herr Wenge heute als Vorsitzender der Kamener Kaufleute berichten wollte, wie der Einzelhandel in der Innenstadt mit der Idee einer Parkraumbewirtschaftung umgehe, sich aber nun entschuldigen ließe. Anstelle dessen werde Herr Ebbinghaus berichten.

Herr **Ebbinghaus** sprach zunächst ein Kompliment für den Bürgermeister aus, dessen Vorgehen, die Parkraumbewirtschaftung allen Beteiligten nahe zu bringen, sehr konstruktiv gewesen sei. Dem Angebot, die Bewirtschaftung ab 2012 zu starten, damit vorab genügend Zeit für ein ausgereiftes Konzept bleibe, könne er nur zustimmen. Im Herzen sei man zwar gegen die Einführung von Parkgebühren, aber im Kopf, angesichts der prekären Haushaltslage, dafür. Damit spreche er im Namen der ganzen Kamener Kaufmannschaft.

Herr **Sostmann** ergänzte, dass die Einführung durchaus kritisch gesehen wurde. Es werde sich eine Arbeitsgruppe der KIG zusammenfinden, die alle Eventualitäten abwäge. Es sei z.B. angedacht, die erste Stunde für das Parken dem Kunden von den Geschäftsleuten zu erstatten.

Herr **Wiedemann** beteuerte, dass es sich niemand leicht mache, aber die Bewirtschaftung, ein guter Erfolg werden könnte. Zunächst müssten umfangreiche Verfahren durchgeführt und abgewogen werden. Man sollte jedoch hier und heute der eigentlichen Diskussion nicht vorweg greifen.

Angesichts der miserablen Haushaltslage, äußerte Herr **Grosch**, dass er voll und ganz hinter einer Bewirtschaftung stehe. Es werde eine verstärkte Nutzung von ÖPNV, Fuß und Fahrrad geben, was durchaus aus ökologischen Gründen zu begrüßen sei. Die Ausgaben für die Unterhaltung von Parkhäusern und Tiefgaragen seien hoch, weshalb es nur gerecht sei, wenn die Nutzer sich an den Kosten beteiligen. In Zukunft werde es folglich gerechter zugehen, da immerhin die Fahrradfahrer die Parkhäuser jahrelang mitfinanziert haben.

Herr **Kühnapfel** gab bekannt, dass Bündnis 90/Die Grünen eine Parkraumbewirtschaftung bereits seit mehr als 15 Jahren einfordere. Endlich sei die Zeit gekommen, an der einmal durchgerechnet wurde. Er kritisierte jedoch die Einstellung der Verwaltung, die ihre Philosophie nicht geändert habe, sich zu der Einführung von Parkgebühren zu bekennen. Er warb für ein transparentes Verfahren, bei dem es nicht um Abzocke, sondern um Fairness gehe. Verursacher sollten schließlich an den Kosten beteiligt werden. Die Vorlaufzeit über zwei Jahre sei jedoch sehr lang. Herr Kühnapfel meinte, dass man der Angelegenheit mehr Nachdruck verleihen müsse, da ein enormes Einsparpotenzial zu erwarten sei. Chancen sehe er in einer größeren Nachfrage des ÖPNV, sowie der Förderung des Wettbewerbes unter den Kommunen. Die Innenstadtsanierung in Kamen sei positiv verlaufen und gut angenommen worden. Nun müsse sich der Einzelhandel ebenfalls einbringen und ein vernünftiges Angebot stellen. Das Dilemma läge nicht an zukünftigen Parkgebühren, sondern an z.B. zu hohen Mieten und schlechtem Angebot.

Herr **Hupe** erwiderte, dass für eine Realisierung zwei Jahre durchaus realistisch seien. Es müsse u.a. Abstimmungen mit Eigentümern von Park-

flächen geben, zudem müssten Vergabezeiten eingeplant werden, sowie Haushaltsmittel vorhanden sein. Er betonte, dass die Verwaltung mit der notwendigen Sorgfalt das Konzept entwickeln werde. Insoweit widersprach er Herrn Kühnapfel.

Herr Hupe machte deutlich, dass eine Parkraumbewirtschaftung ein Wettbewerbsnachteil für die in der Innenstadt ansässigen Einzelhändler sei.

Herr **Kissing** führte aus, dass Kamen eine Kleinstadt mit einer durchaus ausgeprägten Einkaufswelt sei. Es sei kein Überangebot an Parkplätzen vorhanden. Diese Situation dürfe nicht noch zusätzlich gestört werden. Daher solle ein Konzept im Konsens mit dem Einzelhandel, Anwohnern und Parkzielgruppen, z.B. Beschäftigte, die in der Innenstadt arbeiten, erarbeitet werden. Ein Vorteil für die Innenstadt, die von vielen Wohnungen geprägt ist, sei nicht erkennbar.

Herr **Kühnapfel** erklärte, dass die Bereitstellung von Parkflächen bisher immer Kosten verursacht habe, jetzt sollen sich die Verursacher an den Kosten beteiligen. Kamen sei neben Bergkamen und Bönen die einzige Gemeinde, die keine Parkraumbewirtschaftung habe. Bergkamen und Bönen seien aber keine Konkurrenz für Kamen. Er sehe daher nicht unbedingt einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Kreiskommunen.

Herr **Klanke** entgegnete, dass der Wettbewerbsvorteil aufgegeben werde und dass der Innenstadt kein weiterer Schaden zugefügt werden dürfe. Die Innenstadt sei attraktiv und bleibe es auch.

Zu TOP 2.

Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahme aus der Potenzialliste  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Sostmann** stellte die zur Zeit zum Verkauf zur Verfügung stehenden Grundstücke vor, die bisher nicht im Haushalt veranschlagt wurden.

Wohnbauflächen:

Bebauungsplangebiet 17 Ka-HW

5.953 qm x 175,- € (ohne Kanalanschlussbeitrag) = 1.041.775,-

Pestalozzistraße

924 qm x 190,- € = 175.560,-

Bebaute Grundstücke

Wilhelm-Bläser-Str. 6 = 160.000,-

Bollwerk 11/13 = 210.000,-

Koppelstr. 22-26 = 335.000,-

Zwischenergebnis = 1.922.335,-

Gewerbegrundstücke:

Gewerbegebiet am Mühlbach

Flächen der RAG: 28.098 qm x 31,- € x 32 % = 278.732,-

Gewerbegrundstück Schattweg

1.980 qm x 75,- € = 148.500,-

Zwischenergebnis = 427.232,-

**Insgesamt = 2.349.567,-**

Herr **Sostmann** trug vor, dass Erlöse aus Immobiliengeschäften erfolgsneutral seien. Haushaltsverbessernd wirke sich diese Einnahme nur durch ersparte Zinsen, ersparte Abschreibungen und eventuelle Gewinne aus. Die Haushaltsverbesserungen seien in den Maßnahmeblättern 14 und 15 aufgeführt.

Noch nicht enthalten sei der Erlös aus dem Verkauf von Splissparzellen und überbauten Grundstücksflächen, diese müssten erst innerhalb von 10 bis 12 Monaten ermittelt werden und ob es dann tatsächlich zu einem Verkauf käme, sei fraglich.

Herr **Kühnapfel** gab zu Bedenken, dass sich die Vermarktung der noch un bebauten Grundstücke in Heeren-Werve als sehr schwierig darstelle, bisher sei schließlich nur ein Bruchteil verkauft worden, woraufhin Herr **Hupe** entgegnete, dass die Vermarktung zwar langsam voran schreite, es jedoch noch schwieriger werde, sobald ein alternatives Baugebiet ausgewiesen werde.

Herr **Sostmann** gab sich zuversichtlich, da bisher 38 von 59 verfügbaren Grundstücken verkauft worden seien.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

2.1 Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor

2.2 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt

gez. Eisenhardt  
Vorsitzender

gez. Sostmann  
Schriftführer